

Verwaltung / Umwelt

Rat ö 07.02.2012

Verstärkte Berücksichtigung sozialer, ethischer und ökologischer Gesichtspunkte im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen (Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen)

Beratungsverlauf:

Herr Henning begründet den Antrag namens der SPD Fraktion unter Bezugnahme auf die umfangreiche schriftliche Begründung und führt deren Einzelheiten aus. Er verweist auf die große Marktmacht der Stadt Osnabrück und hebt die Vorbildfunktion für andere Verbraucher hervor. Er verweist auf die Komplexität der Materie und macht deutlich, dass die Verwaltung beauftragt werde, innerhalb eines Jahres ein Konzept zur Umsetzung des Beschlusses zu erarbeiten. Sofern sich im Rahmen der geforderten Klärung und Überprüfung möglicherweise erhöhter Personalaufwand abzeichne, sei auch dies im Rahmen des geforderten Konzeptes darzulegen.

Herr Dr. E.h. Brickwedde spricht sich namens der CDU Fraktion dafür aus, zunächst zu überprüfen, ob sämtliche Teile des Antrages umsetzbar seien; es dürfe kein bürokratisches Monstrum geschaffen werden und es dürften durch die Umsetzung keine zusätzlichen Stellenplananforderungen entstehen. Er verweist darauf, dass es bei der Definierung der einzuhaltenden sozialen Belange seit Mitte April 2009 ein Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechtes gebe. Hierdurch gäbe es die Möglichkeit für öffentliche Auftraggeber, die Berücksichtigung sozialer Belange bei der Verteilung von Aufträgen zu fordern. Ferner gäbe es einen fertig erarbeiteten Leitfaden der Deutschen Bundesregierung und des Deutschen Städtetages; insofern sei dieser Problembereich eher mit den übereinstimmenden Plänen aller Ratsfraktionen zur Berücksichtigung sozialer Belange bei der Auftragserteilung in Einklang zu bringen. Größere Schwierigkeiten sieht er bei der Eingrenzung ökologischer Fragen. Er spricht sich hierbei zur Abgrenzung für die Anerkennung bestehender Label, wie z. B. das Label Blauer Engel aus, in dessen Erarbeitung viele Gruppen einbezogen seien. Er spricht sich für eine Verweisung des Antragsgegenstandes in den zuständigen Ausschuss aus, wo die Verwaltung auf der Grundlage der vorhandenen Arbeitspapiere einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen unterbreiten sollte.

Herr Bajus widerspricht namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesem Vorschlag, er verweist auf die bisherige Beschlusslage im Rat zu diesem Thema und hebt hervor, dass in diesem Zusammenhang auch über interkommunale Beschaffungsmöglichkeiten diskutiert wurde. Die bestehenden Aufträge seien bisher von der Verwaltung nicht abgearbeitet worden; in diesem Zusammenhang sei die Frage nach erforderlichen zusätzlichen Personalkapazitäten zu stellen. Bezüglich der Einhaltung ökologischer Belange, verweist er auf eine Datenbank des Bundesumweltamtes; er regt eine Abfrage in anderen Kommunen an und spricht sich abschließend gegen eine Verweisung in den zuständigen Ausschuss aus.

Herr Dr. E.h. Brickwedde verweist auf die Bindung der Stadt Osnabrück an Tariflöhne bei öffentlichen Vergaben.

Herr Ratsvorsitzender Thöle stellt fest, dass im Vergabebeirat die Frage der Tariftreue ständiges Thema sei.

Herr Hus bezweifelt, dass die Kriterien von allen städtischen Gesellschaften angewandt werden.

Herr Dr. Thiele stellt namens der FDP-Fraktion fest, dass der angesprochene Problembereich bereits mehrfach und seit geraumer Zeit im Rat problematisiert werde. U. a. verweist er auf den jüngsten entsprechenden Beschluss vom 16.02.2011. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, die Einzelheiten zur Umsetzung des Antrages im zuständigen Ausschuss zu besprechen.

Herr Cheeseman verweist namens der Fraktion Die Linken ebenfalls auf die bereits bestehende Beschlusslage und stellt die Notwendigkeit eines neu zu gründenden Arbeitskreises in Zweifel. Er begrüßt das Anliegen des Antrages; allerdings hält er den Antragsinhalt für überfrachtet und spricht sich dafür aus, sich auf einige grundlegende Forderungen zu beschränken.

Herr ter Veer sieht namens der Gruppe UWG/Piraten eine breite Unterstützung bezüglich des Antragsinhaltes. Er spricht sich dafür aus, dem CDU-Vorschlag auf Verweisung an den Ausschuss zu folgen.

Frau Jabs-Kiesler hebt die Bedeutung des angesprochenen Problemkreises im Zusammenhang mit dem Profil Osnabrücks als Friedensstadt hervor und verweist auf die bisherigen entsprechenden Bemühungen in diesem Zusammenhang, wie z. B. die Durchführung des Kongresses zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Herr Dr. Baier legt dar, dass die Verwaltung in der Vergangenheit bereits sorgfältige Aktivitäten zu dem angesprochenen Thema, wie z. B. die Vermeidung der Verwendung von Tropenholz, die Berücksichtigung von Mindestlöhnen bei Vergabe öffentlicher Aufträge, wie auch weitere Kriterien angewandt habe. Er spricht sich dafür aus, zunächst eine Bestandserhebung über die bisherigen Maßnahmen zu erstellen.

Für das Vergaberecht sollte die Verwaltung aufzeigen, welche Rahmenbedingungen hierfür bestehen. Anschließend sollten weitere Möglichkeiten der Vertiefung im zuständigen Ausschuss diskutiert werden.

Herr Henning macht deutlich, dass er bereits seit 1996 Diskussionen im Rat unter der genannten Zielsetzung erlebe. Er verweist Herrn Dr. Brickwedde darauf, dass im Absatz 3 des Antrages ausgeführt sei, dass es hierbei um eine Beauftragung an die Verwaltung gehe, innerhalb eines Jahres ein Konzept zur Umsetzung des Beschlusses zu erarbeiten. Diese Forderung entspräche dem von Herrn Dr. Baier vorgeschlagenen Vorschlag. Er legt dar, dass die SPD-Fraktion die Antragstellung aufrecht erhalte.

Herr Dr. E.h. Brickwedde stellt namens der CDU-Fraktion dar, dass diese sich den Verfahrensvorschlag von Herrn Dr. Baier als eigenen Änderungsantrag zu eigen mache.

Herr Oberbürgermeister Pistorius macht deutlich, dass auf der Grundlage des Ursprungsantrages der Zählgemeinschaft die Verwaltung als Zwischenschritt zunächst einen Bericht über die Bestandsaufnahme darlegen werde.

Herr Ratsvorsitzender Thöle führt sodann die Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der CDU-Fraktion wie folgt herbei:

a) Abweichender Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah einen Sachstandsbericht über die bisherigen Maßnahmen zu der Thematik der Berücksichtigung sozialer, ethischer und ökologischer Gesichtspunkte im Beschaffungswesen und bei Ausschreibungen zusammenzustellen.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, Vorschläge zu unterbreiten, wie zu diesem Thema weitere Optimierungen erreicht werden können.“

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den ursprünglichen Antrag herbei:

b) Beschluss:

Der Rat der Stadt Osnabrück möge beschließen:

1. Das kommunale Beschaffungswesen und die Ausschreibungen, die von der Stadt Osnabrück getätigt werden, sollen zukünftig soweit möglich nur Produkte und Dienstleistungen berücksichtigen, die unter sozialen, ethischen und ökologischen Gesichtspunkten einwandfrei erbracht wurden. Dies umfasst insbesondere die Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen sowie die Einhaltung des Nachhaltigkeitsprinzips in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht.
2. Auf Grundlage der bisher schon praktizierten Maßnahmen zur öko-sozialen Ausgestaltung des Beschaffungswesens der Stadt ist ein konsistenter Rahmen zu schaffen. Dafür sind zunächst die bisherigen Ansätze zu betrachten und einer Wirksamkeitsanalyse zu unterziehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb eines Jahres ein Konzept zur Umsetzung dieses Beschlusses zu erarbeiten. Dies beinhaltet einen Zeitplan sowie eine Priorisierung der Maßnahmen zur kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen Umsetzbarkeit.
4. Bei der Entwicklung der Vergaberichtlinien und möglicher Maßnahmen sowie bei der Erarbeitung des Konzeptes sind lokale Fachakteure in einem zu gründenden Arbeitskreis einzubeziehen.
5. Dieser Beschluss gilt sinngemäß auch für die städtischen Eigenbetriebe und Gesellschaften.

Über den Stand der Umsetzung dieses Beschlusses bei Kernverwaltung, Eigenbetrieben und Gesellschaften ist regelmäßig, mindestens alle 2 Jahre zu berichten.

Abstimmungsergebnis zum abweichenden Beschluss a):

Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zum Ursprungsbeschluss b):

Der Beschluss wird mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und des Ratsmitgliedes Mierke bei Enthaltung von Herrn Dr. Thiele und Herrn ter Veer angenommen.